

Nebrer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck-Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aachen.

Nr 142

Sonnabend, den 29. November 1930

43. Jahrgang

Aufrüstung statt Abrüstung. Deutschland in Genf erneut enttäuscht.

Genf, 28. November.
Der Abrüstungskonferenz hat mit 14 Stimmen bei Stimmenthaltung Deutschlands, Italiens, Sowjetrusslands und der neutralen Mächte den Artikel EA des Abrüstungsabkommens in der folgenden, von der französischen und englischen Abordnung beantragten veränderten Fassung angenommen: Das gegenwärtige Abrüstungsabkommen schränkt in keiner Weise die Verpflichtungen ein, die aus den früheren Verträgen hervorgehen, nach denen gewisse vertragsschließende Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, See- und Luftkräfte angenommen haben und in denen die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte festgelegt worden sind. Die vertragsschließenden Staaten erklären, die in dem Abkommen festgelegte Grenze für Rüstungen nur annehmen zu können im Hinblick auf die oben erwähnten Verpflichtungen und deren Aufrechterhaltung, die, was sie betrifft, eine wesentliche Bedingung der Einhaltung des Abrüstungsabkommens bildet.

Der Annahme dieses Antrages ging eine große politische Aussprache voraus

Graf Bernstorff

gab im Namen der deutschen Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:
Der letzte Abrüstungskonferenz hat mit Abrüstung — soweit es sich um die Landkräfte betrifft — nichts mehr gemein, als die Ueberprüfung. Nimmt die Mehrheit den Artikel EA an, so werden dadurch nur die Staaten betroffen, die einen solchen Abrüstungsabkommen unterzeichnet haben. Ich gehöre nicht zu ihnen. Im Gegenteil, ich werde die Gelegenheit des Artikels EA benutzen, um gegen den Abrüstungskonferenz in seiner Gesamtheit zu stimmen. Diesem gibt es Bedenken im Hinblick auf den Glauben, den man in eine solche Regierung einbringen darf, die sich nicht zu einem Abrüstungsabkommen verpflichtet hat, sondern nur die Abrüstungsabkommen des Verfalls der Verträge unter den Umständen zu entlassen.

Was den Zusatzantrag betrifft, den die französische Abordnung vorgelegt hat, möchte ich erklären, daß die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als ein vertragsmäßiges Gegenstück anerkennen kann, allgemein bekannt sind. Unser Standpunkt ist, daß Deutschland einen ersten Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er eine gerechte, das Gleichgewicht aller Staaten berücksichtigende Lösung bringt. Deutschland wird das Abrüstungsabkommen danach beurteilen, ob es als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundgedanken der gegenseitigen Sicherheit verwirklicht.

Geht England protestierte scharf gegen die Ausföhrung Bernstorffs, nach denen eine Herabsetzung der Rüstungen im Abkommen nicht vorgesehen ist. Es ist ihm unverständlich, wie Bernstorff habe dazwischen erklären können. Der Artikel beziehe sich gleichfalls auch auf das Londoner und Washingtoner Abkommen. Er müßte zu seinem größten Bedauern feststellen, daß die deutsche Abordnung im Gegensatz zu seinen Hoffnungen an den Arbeiten des Ausschusses nicht mitgewirkt habe.
Der italienische Vertreter, General Marinis, erklärte, die vorliegenden Abkommen seien unfair, da die Hauptfrage der Herabsetzung der Rüstungen nicht gelöst sei. Er beantragte die Ueberweisung des Artikels an die Konferenz. Der Vertreter der polnischen Regierung verlangte, daß die Aufrechterhaltung und strenge Einhaltung der den vier Ländern auferlegten Entlassungsverpflichtungen in den Friedensverträgen die entscheidende Voraussetzung für das Zutrittsein und die Einhaltung des Abrüstungsabkommens bilde. Die Vertreter Rumäniens und Sibiriens schlossen sich dieser Erklärung an.

Graf Bernstorff erwiderte Lord Robert Cecil, mit der Frage, ob er der Meinung sei, daß das Abrüstungsabkommen eine Herabsetzung der ausüblichen Rüstungen, des gesamten Kriegsmaterials und eine Einschränkung der Herzschaffungsart umfasse? Er müßte feststellen, daß die Herabsetzung der Landkräfte der Abrüstung zur See geopfert worden sei. Deutschland müsse nach wie vor Sicherheit im Sinne der Gleichstellung sämtlicher Mächte und Sicherheit für alle fordern.

Der Antrag der italienischen, türkischen und bulgarischen Regierungen, den Artikel EA zu streichen, und zur Entscheidung an die Konferenz zu verweisen, wurde zum Ausschuss mit zwölf gegen die Stimmen von Deutschland, Italien, Rußland, der Türkei und Bulgarien abgelehnt.

Die Unterfertigung

In der vorangehenden Sitzung des Ausschusses war die vorgeschlagene Bestimmung über die Einleitung einer Kontrollkommission angenommen worden. Diese Kommission soll die Aufgabe erhalten, über die Durchführung der Abrüstungskonvention zu wachen.

Ferner hat der Ausschuss einigen Vorbehalten zugestimmt, von denen der wichtigste ist, daß jeder Staat den Recht erhalten soll, die Bestimmungen der Abrüstungskon-

vention für sich außer Kraft zu setzen, wenn „durch eine Aenderung der Umstände eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit“ eintritt.

Rußland wird weiterkräften.

Der russische Kriegsminister Woroschilow erklärte in einer Moskaus Abrüsterverammlung, die Verhandlungen in Genf hätten bemerkt, daß an Abrüstung nicht zu denken sei. Die Sowjetunion bestehe vor der Aufgabe, die Note Arnee weiter zu verhandeln und sie festlich zu auszurufen, daß sie in der Lage sei, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen. Der Desarmierungsprozess habe bemerkt, daß Rußland seine Freunde in Europa habe. Es müsse immer auf der Hut sein, um sich vor einem militärischen Angriff zu schützen.

Die deutsche Note abgegangen.

Keine außerordentliche Ratstagung. — Beratung im Januar.

Berlin, 28. November.
Das Reichskabinett hat in einer Nachsitzung sich abschließend mit dem beim Völkerverbund wegen der Territorien in Oberschlesien zu unternehmenden Schritten beschäftigt. Vor allem wurde beraten, ob eine außerordentliche Tagung des Völkerverbundes verlangt werden soll.

Nach eingehender Prüfung der Reichsliste und der zweifelhafte Angelegenheiten hat das Reichskabinett in vorgedruckter Nachsitzung beschlossen, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkerverbundes zu verzichten und dafür die Behandlung der polnischen Territorien gegen die deutsche Minderheit in Oberschlesien auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt.

Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens das Völkerverbandsorgan vorzieht, ungeachtet in der Wehrmachtszeit fallen würde. Praktisch hätte ein Antrag auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung die Verzögerung der Sanierung bedeutet. Das Reichskabinett will vermeiden, sich einer Ablehnung auszuliefern, die der Wirksamkeit der deutschen Wehrmacht nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müßte nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung es für richtiger gehalten, den Weg der ordentlichen Tagung zu gehen.

Die deutsche Note ist im Laufe des Donnerstag abgegangen, wird also voraussichtlich am heutigen Freitag nach ihrem Eintreffen in Genf, veröffentlicht werden. Es wird sich, damit der deutsche Schritt keine Verzögerung erleidet, vorbereiten, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß die Note auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschwärden den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Ereignisse in Rommerellen Gegenstand einer besonderen Beschwärden der deutschen Minderheit sein, der sich die Wehrmacht gegenüber gemäßigteren als Nebenfragen anschließen. Beide Beschwärden werden im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Polen beschwert sich.

Wie der „Frankfurter Kurier“ meldet, ist der polnische Staatsvertreter bei der Gemischten Kommission, Gombkowski, beauftragt worden, beim Präsidenten Colosser vorzutreten zu werden, da der Stellvertreter des deutschen Staatsvertreters, Konrad Jäger, die Prüfung der obenbisherigen Vorfälle durchgeführt habe ohne Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit noch im Gange. Das habe im Widerspruch zu Artikel 601 der Genfer Konvention.

Erregung in Oberschlesien.

Angefaßt von der Empörung der Bevölkerung über die polnischen Ausschreitungen in Oberschlesien hat der Reichspräsident in Gletsch einen Aufruf an die Bevölkerung des oberbesessenen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gesinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinsetzen zu lassen, da jede bezweifelnde Handlung den Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste in Gefahr bringe.

Dr. Wirth nach Oberschlesien abgereist.

Reichsminister Dr. Wirth hat sich in Begleitung des preussischen Staatssekretärs A. B. B. nach Oberschlesien begeben, um die Bevölkerung über die beabsichtigten Maßnahmen der Reichsregierung aufzuklären, und zur Beruhigung der erregten Gemüter beizutragen.

Neue Ueberfälle.

Eine Anzahl von Polen überfiel das deutsche Heim in Thorn. Bereits vor acht Tagen waren einmal polnische Banditen im deutschen Klubalort erschienen und hatten eine Lampa gestohlen. Sie hatten aber damals nur weiteren Ausschreitungen abgesehen, da nur ein Deutscher anwesend war. Sie hatten gerufen: „Es lohnt sich nicht, wir kommen wieder, wenn mehr Deutsche hier sind.“ Am Mittwoch, gegen Abend, drangen zunächst drei Polen in das deutsche Heim ein. Sie überfielen die darin befindlichen drei Deutschen mit Säbeln und Sägen. Fünf noch zusammenkommende Polen waren dann auf die Deutschen mit Bierflaschen und demotierten die gesamte Einrichtung des Cafés. Ein älterer deut-

licher Herr wurde schwer verletzt, zwei weitere Deutsche leichter. Das Lokal wurde vollkommen zertrümmert. Die herbeigerufenen Polizei erließen erst nach längerer Zeit und nach schließlich eine Verhaftung vor. Von dem Vorfall wurde dem deutschen Konsul in Thorn sofort Mitteilung gemacht, der auch am Tatort erschien und Ermittlungen anstellte.

Haftbefehl gegen Pastor Hartlinger?

Nach weiteren Meldungen hat sich der von den Polen als mißlieblich für die Galizianer Vorgänge verdächtige Pastor Hartlinger den Sicherheitsbehörden telefonisch zur Verfügung gestellt. Da er sich jedoch auf evangelischem Kirchengebiet aufhält, können die Sicherheitsbehörden keine Vernehmung nur auf besondere Anordnung durchführen. Die Sicherheitsbehörden erwarten jedoch, daß der Untersuchungsrichter schon in nächster Zeit einen Haftbefehl gegen den Geistlichen erlassen werde.

Hindenburg und Stahlheim.

Der Reichspräsident spricht sein Mißfallen aus.

Berlin, 27. November.
Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Reichspräsident von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlheims diesem wegen der „politischen Demonstrationen“ bei der Inauguration von Stahlheimmitgliedern sein Mißfallen ausgesprochen habe.

Welche Demonstrationen gemeint sind, wird nicht ausdrücklich gesagt. Während einerseits mitgeteilt wird, daß es sich um den Besuch in Uniform bei Wollstein — Deutschlands Gegner im Weltkrieg — handelt, der Hindenburg mißfallen habe, verläuft auf der anderen Seite, daß ein offizieller Besuch bei der Zeitung „Popolo d'Italia“ Anlaß zu dem Schritt des Reichspräsidenten gegeben habe.

Die Pressestelle des Stahlheims teilt mit, das Büro des Reichspräsidenten sei bei über die tatsächlichen Zusammenhänge und den durchaus unpolitischen, politischen Zweck der entsprechenden Charakter der Studentenzeitung unrichtig worden. Es bestreite also jenseits dem Ehrenmitglied und der Bundesführung des Stahlheims über den Vorgang keine Verbindlichkeit in der Zukunft.

Bredt bleibt als Finanzminister?

Das Richteramtgeschäft vorläufig zurückgestellt.

Berlin, 27. November.
Wie amtlich mitgeteilt wird, ist nach einer fernmündlichen Vereinbarung zwischen Reichsfinanzminister Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Bredt die Erledigung seines Richteramtgeschäftes bis nach der Rückkehr des nach erkranktem Minister nach Berlin, die Anfang nächster Woche zu erwarten ist, zunächst noch zurückgestellt.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Bredt sich zum Verbleiben in seinem Amte bestimmen läßt, und daß er dann als Finanzminister dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendeiner Verpflichtung zu verpflichten.

Es ist auch möglich, daß der Kanzler dem Reichspräsidenten vorschlagen wird, den Staatssekretär G. o. e. mit der Leitung zu betrauen, so daß also im Reichsjustizministerium derselbe Zustand geherrscht sein würde wie im Reichswirtschaftsministerium.

Wie weiter verläuft, haben die Verhandlungen des Reichsausschusses der Wirtschaftspartei zu einer Beilegung des Konflikts zwischen dem Abgeordneten G. o. e. und dem Parteivorsitzenden geführt. Colosser bleibt Mitglied der Reichstagsfraktion.

Das Arbeitstosenheer wächst!

3,5 Millionen Deutsche ohne Arbeit.

Berlin, 27. November.
Das Anwachsen der Arbeitslosigkeit, das regelmäßig um diese Jahreszeit einsetzt, ist nach dem Bericht der Reichsanstalt in der ersten Hälfte des November annähernd in dem erwarteten Umfang eingetreten. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist um rund 100.000 auf 1.668.159 gestiegen, während in der gleichen Zeit des Vorjahres die Zunahme nur 124.000 betrug. In der Krisenunterstützung mit 536.613 Unterstützten ist ein Mehr von rund 27.100 zu verzeichnen. Damit haben diese beiden Unterstützungsrichtungen zusammen eine Befolgung von rund 2.200.000 erreicht. Wie erwartet, ist die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr zum ersten Male etwas zurückgegangen; sie betraffte sich jetzt auf etwa 1.000.000 gegenüber rund 1.050.000 Anfang Oktober.

Die Zahl der verfügbaren Arbeitskräften bei den Arbeitsämtern ist um mehr als 230.000 angewachsen, und es wurden am 15. November rund 3.484.000 Arbeitslose gezählt.

Neuer russischer Sabotage-Prozess.

Verhandlung gegen die „Industrie-Partei“.

Moskau, 27. November.
Vor dem Obersten Gerichtshof begann die Verhandlung gegen die sogenannte „Industrie-Partei“. Angeklagt sind Professor Ramin und sieben weitere Professoren und Ingenieure wegen Organisation von Sabotageaktionen und Vorbereitung einer Intervention der Auslandsstaaten.

Der Verhandlung nahmen über 1000 Arbeiter sowie viele hervorragende Gelehrte, Ingenieure, Schriftsteller, Vertreter der Sozialpresse und mehr als 70 Reichstagsmitglieder der Auslandspresse bei. Die Verhandlung begann mit der Verlesung der Anklageurkunde. Die Angeklagten sollen sich — nach dem Bericht der amtlichen Moskauer Telegraphenagentur — im Hinblick auf die Anklageurkunde bereit erklärt haben auszuliegen.

Nach dem Bericht erklärte der Hauptankläger Kamfin, er habe im Jahre 1926 mit dem ehemaligen Minister Bolschinnikoff und mit dem ehemaligen Chef des russischen Transportministeriums Med, die beide bereits erschossen worden sind, Verhandlungen über die Bildung einer großen Organisation geführt, die die Hilfe des Auslandes zum Zweck der Verwirklichung der Anklageurkunde zu benutzen. Diese Verhandlungen seien durch Unterorganisationen geführt worden. Dabei sei festgestellt worden, daß die Firma Wickers-Armstrong verlangt habe, daß die russischen Werte, die eine Konkurrenz darstellten, könnten nicht wiederhergestellt werden dürfen. Um auf meinen Hatten sich sowohl Engländer als auch Franzosen nicht für wirtschaftliche Angelegenheiten interessiert, sondern auch für militärische, insbesondere für die Ausrüstung der Roten Armee. Im dem Kampf gegen die Sowjets sei es besonders Polnacek und Brandt interessiert gewesen, die Beziehungen zu den sowjetischen Organisationen unterhalten hätten. Kamfin erklärte, er habe persönlich keine Verhandlungen mit ihnen geführt, das sei durch andere Mitglieder der Organisation geschehen.

Wieder Revolution in Peru.

Gegen die neue Militärdiktatur.

Lima, 28. November.

Ins Peru werden schwere Unruhen gemeldet. In Lima sollen heftige Straßenkämpfe stattgefunden haben. Mehrere handverlesene Erschießungen wurden vorgenommen. Die Zentralregierung die Uebermittlung von Eisenbahnen.

Vor etwa zwei Monaten war gegen den Präsidenten Aquino ein Militäraufstand in der Stadt Arequipa ausgebrochen. Auch die Garnison von Lima lösch sich dem Präsidenten an, und Präsident Aquino hat sich trotz seines großen Ansehens im Lande gezwungen zu flüchten. Unter Oberst Sanchez Cero wurde eine provisorische Militärdiktatur errichtet, gegen die, wie aus der Meldung hervorgeht, ein neuer Aufstand ausgebrochen ist.

Aus dem In- und Ausland.

Parteiübergreifende Besprechung abgeschlossen.

Berlin, 28. November.

Die Verhandlungen zwischen den Parteiführern und dem Reichstag über das Parteiprogramm sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Das Parteiprogramm wird sich aber mit dem Ergebnis ihrer Besprechungen schließlich am Freitagabend oder am Sonnabend beschließen können, wenn der Reichsinneminister Dr. Wirth von seiner Reise nach Döberitz zurückgekehrt sein wird.

Am den Kirchenvertrag.

Berlin, 28. November.

Sämtliche evangelischen Kirchen Preußens haben jetzt zu dem staatlichen Angebot eines Kirchenvertrages Stellung genommen. Das Ergebnis dieser Stellungnahme ist jedoch in einer gemeinsamen Erklärung der acht Kirchen der Staatsregierung übermitteln worden. In dieser Erklärung spielt, wie veraltet, die sogenannte politische Klausel eine wesentliche Rolle. Der Entwurf der preussischen Regierung sieht nämlich einen Rechtsakt der Kirche gegen den Einpruch des Staates bei Ernennungen nicht vor; von den Kirchen aber wird ein solcher Rechtsakt gefordert.

Berlin unter Zwangsverwaltung.

Berlin, 28. November. Der Oberpräsident von Brandenburg und von Berlin hat die Oberregierungsräte Dr. von Stein und Dr. Koppen zu Staatskommissaren zur Verbesserung der Haushalts- und Kassenlage der Reichshauptstadt bestellt. Dr. von Stein ist die Ausübung der Rechte des Magistrats und Dr. Koppen die Ausübung der Rechte der Stadtkommissionen übertragen worden. Die beiden Staatskommissare haben den Auftrag erhalten: 1. die Erhebung der Bürgersteuer für 1930 in Höhe des Landeshaushalts durchzuführen, und 2. die Einführung der Gemeindegeldsteuer nach der Mutterordnung mit einem Satz von 10 Prozent ab 1. Dezember d. J. zu bestimmen. Da die Haussteuer der Jahre 1930 und 1931 nicht zu trennen sind, werden die beiden Staatskommissare gleichzeitig auch für das nächstjährige Haushaltsjahr bestellt mit dem Auftrag, die Grundsteuererhebung auf 312 Prozent für das Jahr 1931 zu erhöhen.

Schroffe Antwort Kramarschs an Curtius.

Berlin, 28. November. Im außerpolitischen Austausch des Abgeordnetenhauses erklärte Dr. Kramarsch zu der letzten Rede des Reichsinneministers u. a.: Mit der Eheanbahnung sei eine neue außerpolitische Lage entstanden. Deutschland beginne, sehr selbständig zu werden. Minister Curtius hätte nicht in einem solchen Tone von der Eheanbahnung gesprochen, wenn er sich nicht der neuen Lage bewußt wäre. Es sei ungerichtet und unheimlich, in einer letzten Rede von der Eheanbahnung zu sprechen. Von einer Eheanbahnung gegen die deutsche Kultur könne keine Rede sein. Sie ist in die Eheanbahnung einzumengen, dazu habe Curtius kein Recht gehabt. Das seien Dinge, die ihn nicht angingen und in die er nicht hineinzureden könne, wenn er nicht die Unabhängigkeit der Eheanbahnung verstehen wolle.

Die tschechischen Todesurteile in Prag.

Moskau, 28. November. Das Oberste Gericht der Sowjetunion beurteilte in Barnaul (Sibirien) sechs Beamte wegen „wirtschaftlicher Konterrevolution“, Annahme von Bestechungsgeldern und Unterschlagung mehrerer hunderttausend Rubel zum Tode. Das Todesurteil wurde bereits vollzogen.

Militärverführung in Madrid aufgedeckt?

Madrid, 28. November. Die Polizei teilt mit, daß in Verbindung mit der Flucht des Fliegermajors Franco eine Militärverführung aufgedeckt worden sei, in die der Sozialistführer Prieto sowie die Generäle Martinez und Queiro de Cans verwickelt sein sollen. Die Mitteilung der Polizei reicht umhinreichend, da die beiden Generäle seit Jahren Tode feind sind. Es wird allgemein angenommen, daß die Polizei lediglich einen Grund für außerordentliche Maßnahmen suchte.

Königreich Kanada?

London, 28. November. Der Sprecher des kanadischen Parlaments beabsichtigt, in der nächsten Sitzungsperiode einen Antrag einbringen, wonach der Name Dominion Kanada in Königreich Kanada abändert werden soll. Der König soll das

Recht erhalten, in Kanada unmittelbar abgestimmt zu werden. Die Stellung des Generalgouverneurs soll in die eines Bischofs umgewandelt werden.

Keine politische Meinungen.

Dietrich erklärt Hindenburg Bericht. Der Reichspräsident empfing den Reichsminister der Finanzen Dietrich zu einem ausführlichen Vortrag über den Stand des Sanierungsprogramms.

Retrauenessystem für Taxieren. Während der Kammerdebatte über die nationale Währung des Sozialist C. 14 wurde eine Entschließung gegen das Kabinett eingebracht, die die Ministerpräsidenten Taxieren die Retrauenessysteme. Die französische Kammer sprach der Regierung mit 231 gegen 233 Stimmen das Vertrauen aus.

Englands Arbeitslosenversicherung. Die englische Regierung beabsichtigt, dem Parlament ein Gesetz vorzulegen, durch das der Arbeitslosenversicherungsfonds das Recht erhalten soll, bis zu 70 Millionen Pfund (14 Milliarden Mark) Anleihen aufnehmen zu können.

Der türkische Außenminister in Rom. Der türkische Außenminister ist in Rom eingetroffen, wo er wichtige politische Verhandlungen hat. Er wurde von Außenminister Grandi am Flughafen empfangen.

Aus der Umgegend

Abtheilung, 29. November.

— **Zum 1. Advent.** Wenn wir einen Jahresabschluss befehlen und einen anderen beginnen, so liegt darin immer ein tiefer Ernst. So ist dies beim Advent eines neuen Jahres; so ist es auch am 1. Advent. Einwohler und Neuzugler werden von der Welt mehr bestraft, auch von Christen mehr gefürchtet. Aber im Grunde ist der Schicksal des Kirchenjahres, der Beginn der Adventszeit, viel einfacher. Denn im Kirchenjahr geht alles auf die Adventzeit. Wie soll ich dich empfangen? — so ruft er immer von neuem unserem Heiland entgegen. Macht die Tore weit und die Türen in der Welt hoch, daß der König der Ehren einziehe — so ermahnen wir die Christen. Nicht Welttore, nicht Kirchenportale, sondern Herzenstüren sind hier gemeint. Die Ziele unseres Heilandes will in der Adventszeit sich sparen lassen und in sein Einsehr halten. An menschlicher Liebe fehlte es nicht in diesen Wochen vor Weihnachten. Aber die Frage ist, ob uns die Liebe Jesu darin offenbaren wird, ob wir unseren Erlöser von Herzen lieb haben. Nur in ihm ist Hilfe, und unsere Zeit bedarf des Helfers. An der Christenheit ist viel Gefährlichkeit, viel Seltsames. Nun kommt der Advent wieder zu uns und will die Schläfer aufwecken. So soll auch für uns die Weihnacht nicht vergehlich erfliegen. Advent — eine Weizel.

— **Kirchliche Sonderkollekte am 1. Advent.** Am kommenden Sonntag wird in allen evangelischen Kirchen eine Kirchensonderkollekte eingeplant, deren Ertrag dazu bestimmt ist, allgemeine kirchliche Notstände in den durch die jüngsten Wergewalts- und Hochwasserkatastrophen betroffenen Gebieten zu beheben. Der Evangelische Oberkirchenrat schreibt: „Inmehral unserer ganzen Kirche muß sich gerade in dieser harten Zeit die Gemeinschaft des Glaubens durch eine gemeinsame Tat der Liebe kund tun.“

— **Kirchliches.** Der Hauptgottesdienst findet am 1. Adventsonntag wieder zur üblichen Zeit, um 10 Uhr, und zwar im Gemeindefaal statt.

— **Der Trummerer (D.T.)** wird auf heute Abend zu einer außerordentlichen Versammlung im „Raislerhof“ zusammenrufen. Der Vorstand erwartet ein lächelndes Erscheinen.

— **Stadttischspiele.** Ein zeitgemäßer Film steht für nächsten Sonntag auf dem Programm: „Gefährliche Jugend“ lautet der Titel. Wer will noch bestrafen, das heute unserer Jugend nicht von vielen Seiten ernst Gefahren drohen, — Gefahren für Körper und Seele. Wenn sich zur Klärung der Erziehungsfrage der Film in den Dienst der Allgemeinheit stellt, dann ist dies zu begrüßen. — Ein zweiter Bildstreifen wird dem Samur zu seinem Rechte verkehren.

— **Preisfahrt.** Die Staffelfahrt haben jetzt Hofkaplan, denn die Zeit, wo bald hier, bald dort ein Preisfahrturner angefangen ist, da. Für den morgigen Sonntag laßt Herr Gestwirt Neumann in Kleinmanns die Starter zum Kampf um das blaue Band ein. Wer aufsteigt und mit den Wenzeln gut befreundet ist, kann sich ein willkommenes Zuhörergeld spielen erwerben.

— **Nach Bienenburg** ins Schmeizerhaus liegt eine Einladung an die tschechische Jugend vor. Dielenbetrieb wird dort arrangiert. Bei gutem Wetter ist der Gang nach Bienenburg auch zur jetzigen Jahreszeit eine lohnende Partie.

— **Theaterfahrt.** Mühseligkeit ist am Sonntag allen denen anzuraten, die nimmer im Besitz ihrer Teilnahmekarte zur Theaterfahrt nach Erfurt gelangt sind. Der Zug fährt ab Nebra 10.15, ab Hofleben 10.33, ab Donndorf 10.41. — Nach einem Aufenthalt in Artern von 54 Minuten erfolgt die Weiterfahrt nach Erfurt ab Artern um 12.07. — Beginn der Vorstellung ist pünktlich 15 Uhr, Ende 18 Uhr. — Die Rückfahrt ab Erfurt erfolgt um 20 Uhr.

— **Ein Subilar.** Am 1. Dezember werden es 25 Jahre, daß der Hofmeister Herr Willy Schröder die Sachgenusswirtschaft Bienenburg bewirtschaftet. Der Subilar stammt aus Artern, aus einer dort angekommenen Gutsrittersfamilie, er ist auch der Erbauer des Schlosses „Zum goldenen Kirch“ in Artern und bewirtschaftet vor der Hebung nach Bienenburg die Steinerer Besitzverhältnisse, die wegen Abbruches des alten Rathenauer Schlosses herüber mußte. — In Bienenburg hat es Herr Schröder verstanden, sich durch sein freundliches Wesen, durch Vererbung guter Getränke wiederum solche Freunde zu werden, die gern bei ihm Einkehr halten und sich in seinen Bienenburger Hofströmen wohlfühlen. Wir gratulieren dem Subilar zu seinem für heutige Verhältnisse immerhin bedeutenden Erfolge seiner Tätigkeit und wünschen ihm noch viele Jahre besser Gesundheit und Wohlgegens.

— **Ankunft des Entergang.** Von dem Dorf Hunsfeld im Geiseltal haben jetzt nur noch wenige Dörfer. Die Kirche des Dorfes ist bereits umgelegt worden. Die Baggermaschine frist sich immer weiter vor. Ein Wüdergeschäft ist damit befristigt, alles flüchtigen noch nicht irgend einen Wert haben könnte. Das übrige bleibt liegen und wird schließlich dem Vagabund zum Opfer fallen. — Wie man hört, wird es noch etwa bis zum Frühjahr dauern, bis die letzten Reste des ehemaligen Dorfes Hunsfeld verschwunden sein werden.

— **Die kirchlichen Feste im neuen Kirchenjahr.** Mit dem 1. Advent beginnt ein neues Kirchenjahr. Die heiligen Weihnachtsfesttage fallen diesmal auf einen Donnerstag und einen Freitag; auf den 3. April, Ostern auf den 6. und 10. April, Palmsonntag auf den 29. März, Pfingsten auf den 24. und 25. Mai. Das kirchliche Erntedankfest wird am 4. Oktober, Informationsfest am 1. November, der Buß- und Bettag am 18. und das Totenfest am 22. November 1931 begangen.

— **Lehrer im Kirchenbistum.** Für die Tätigkeit von Lehrern im Kirchenbistum ist eine neue Verfügung des preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung von großer Wichtigkeit. Danach darf Lehrern, die — ohne Inhaber eines vornehmlichen Kirchen- und Schulamtes zu sein — neben ihrer Lehrbetätigung kirchendienstliche Wahrnehmungen wollen, nicht mehr die Genehmigung zu einer öffentlich-rechtlichen Anstellung durch die Kirchengemeinde erteilt werden. Auch wenn die Anstellung nur nebenamtlich erfolgen soll, wird eine solche Genehmigung nicht erteilt. Es ist demnach zu halten, wo ein aktiver Lehrer den Kirchenbistum übernehmen soll, ein privatrechtlicher Dienstvertrag zwischen ihm und der Kirchengemeinde abzuschließen.

— **Die gelben Meising-50-Pfg.-Stücke,** die beabsichtigt gleich bei der Stabilisierung der Rentenart nach der Inflation herauskommen, werden nach dem 30. November d. Js. unzulässig. Nach diesem Tage dürfen sie nicht mehr in den öffentlichen Verkehr gebracht werden. — Die Banken nehmen die Geldstücke zum Umtausch noch für kurze Zeit an.

— **Spechte,** namentlich Grün- und Buchspechte, zeigen sich in diesem Herbst in den Gärten und Plantagen ziemlich häufig. Sie lenken durch ihr Sämmern, das bei ruhigem Wetter ziemlich weit schallt, die Aufmerksamkeit des Naturfreundes auf sich. Das Erhörsen der Spechte in größerer Anzahl läßt sich das Vorhandensein fruchtbarer Bäume schließen, an denen seit dem strengen Winter 1923 auch kein Plangel ist. Im fruchtbarsten Jahre leben beabsichtigt viele Arten schätzbarer Vögel, denen die Spechte nachstellen.

— **Und führe uns nicht in Versuchung.** Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß ein großer Teil der jetzt übernehmenden Generation begangen werden, weil im großen und ganzen das Publikum selbst durch außerordentliche Arbeitslosigkeit den Spibuben ihr Handwerk leicht macht. Wie oft liest und hört man, daß Geldbesitzer in offenen Befahren aufkrawelt, was auch Kinder und ein größerer Bekanntheit diesen Aufwahrungsorgane genau kennen; da bleiben Fenster und Türen selbst des Nachts auf, während in den Wohnungen wertvolle Gegenstände stehen; Tischen, in denen zum Teil hohe Werte eingeschlossen sind, liegt man auf Reisen in der Bahn liegen; Fahrräder stehen oft tagelang an einer Wand oben Garküche — für die ganze Welt ist das alles, sie meint, daß die Polizei ja da sei, wenn einmal ein anderer Volksgenosse der Verführung nicht widersteht und die sich ihm hierdurch Gelegenheit zur unerschwinglichen Verbesserung seines Vermögens aussucht. Aber was kostet dem Staat ein schätzbares Arbeitslosgeld und Gleichgültigkeit zu vieler Volksgenossen? Die Volksgenossen wollen sich ab, um die Fälle aufzuklären, die Familien der als Täter ermittelten Personen kommen in Not, sie müssen arbeiten, ja sogar Menschenleben geraten in Gefahr. Nicht selten liest man von Selbstmord eines Menschen, der unzulässig in Verhaftung gerät oder der eine kleine Straftat begangen hat, die zu verbüßen gewesen wäre, wenn jener, der gefolgt wurde, auf sein Eigentum selbst geachtet hätte. Um nun das große Publikum in dieser Hinsicht zum besseren zu erziehen, hat die hiesige Infrage kommende oder Behörde die Initiative ergriffen, sie will durch Massenverbreitung einer kleinen Broschüre im Volksmunde wie bei der Unfallverhütung die Gefährlichkeit der Wirtshaus bei Straftaten wachrufen. Es ist dieses Vorhaben zu begrüßen und zu wünschen, daß das freundlich ausgestattete Heftchen größte Verbreitung findet. Zu erhalten ist dasselbe bei allen Volksgenossen für den geringen Betrag von 15 Pf.

— **Donndorf.** Das hiesige Gemeindefaßhaus kommt am 17. Dezember, nachmittags 2 Uhr, im Gemeindefaßhaus zur Neuvorbereitung. Die Maßbedingungen liegen bereits jetzt beim Gemeindevorsteher aus.

— **Artern.** Die Zuckerrüben Artern wird in der laufenden Kampagne ohne Wadenmenge von weit über 2 Millionen Zentnern verarbeitet. Durch verschiedene Neu- und Umbauten sowie Betriebsverbesserungen wurde sie in den Stand gesetzt, die tägliche Rübenverarbeitung auf 30000 Zentner und darüber zu steigern, so daß trotz der größeren Gesamtmengen mit der Vermeidung der Kampagne um Weihnachten zu rechnen ist.

— **Artern.** (Gerichtliches.) Wie aus Vorarbeiten zu entnehmen ist, ist für die Verhandlung über die Schlägerei in der nationalsozialistischen Versammlung im April im „Artern“ Termin auf den 11.-13. Dezember vor dem Schöffengericht Nordhausen festgesetzt, ebenso auf 19. Dezember in einer damit zusammenhängenden Sache.

— **Heidenburg.** Als am Donnerstag abend zwischen 17 und 18 Uhr ein Fährschänder aus Heidenburg den Reinsdorfer Berg passierte, fand er am Grabenrand verfallen ein etwa sechs-jähriges Mädchen. Auf Befragen des Mannes nach seinen Eltern erklärte das Kind, daß seine Mutter es mit dem Namen „Marie“ hier, im Geseß nach der Stadt etwas an holen, verlassen hätte. Der Mann nahm sich des Kindes an und wurde mit ihm bei der hiesigen Polizeiverwaltung vorstellt. Nach Protokollierung des Falles und weiterer Veranstaltung zur Feststellung der Mutter des Kindes wurde dasselbe von einer Familie in Pflege genommen. Bisher konnte die Mutter noch nicht ermittelt werden.

— **Summerda.** Bei der Dreifach in Rogelberger Flur, die einige Herren aus Sommerda gebildet haben, wurden 1016 Hufen zur Strecke gebracht. Ein solch hohes Ergebnis ist noch nicht das gewesen.

— **Erfurt.** In der letzten Sitzung des Erfurter Stadtparlaments kam es nach der Abstimmung über Einführung der neuen Steuern zu schweren Auseinandersetzungen zweier Stadtvorordneten, darunter der Stadtvorordnete Schmalz. Leberer muß schließlich auf dem Saal gewichen werden. Da eine Anzahl Stadtvorordnete bei dem während des Redewechsels erfolgten Übergriffen und Schmalz den Sitzungsfaß verlassen hatten und hinter Schmalz jene gefamte Geruchsfähigkeit fraktion folgte, sah sich der Wortführer genötigt, die Sitzung zu schließen.

Nebrer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben in Bild“ und „Das Leben in Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weig, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Aachen.

N 142

Sonnabend, den 29. November 1930

43. Jahrgang

Aufrüstung statt Abrüstung. Deutschland in Genf erneut enttäuscht.

Genf, 28. November.

Der Abrüstungsausschuss hat mit 14 Stimmen bei Stimmenshaltung Deutschlands, Italiens, Sommerslands und der neutralen Mächte den Artikel EA des Abrüstungsabkommens in der folgenden, von den französischen und englischen Abordnungen beantragten veränderten Fassung angenommen: Das gegenwärtige Abrüstungsabkommen ist nicht in seiner Weise die Verpflichtungen ein, die aus den früheren Verträgen herrühren, nach denen gewisse vorkriegsähnliche Staaten eine Begrenzung ihrer Land-, See- und Luftkräften angenommen haben und in denen die gegenseitigen Verpflichtungen und Rechte festgelegt worden sind. Die vorkriegsähnlichen Staaten erklären, die in dem Abkommen festgesetzte Grenze für Rüstungen nur annehmen zu können im Hinblick auf die oben erwähnten Verpflichtungen und deren Aufrechterhaltung, die, was sie betrifft, eine wesentliche Bedingung der Einhaltung des Abrüstungsabkommens bildet.

Der Annahme dieses Antrages ging eine große politische Aussprache voraus.

Graf Bernstorff

gab im Namen der deutschen Regierung eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Der jetzige Abrüstungsvertrag hat mit Abrüstung — soweit es sich um die Landkräfte handelt — nichts mehr gemein, als die Leberkräfte. Nimmt die Mehrheit des Artikels EA an, so werden dadurch nur die Staaten betroffen, die einen solchen Abrüstungsvertrag unterzeichnen wollen. Ich gehöre nicht zu ihnen. Im Gegenteil, ich werde die Gelegenheit des Artikels EA benutzen, um gegen den Abrüstungsvertrag in seiner Gesamtheit zu stimmen. Vielleicht gibt es Zeitpunkte im Verlaufe der nächsten Stunden, in denen man könnte meinen, es wäre Zeit, zur Abrüstung zurückzukehren, aber das ist eine wirkliche Abrüstung zu bringen, den Rüstungsstand der Welt zu Lande, auf See, oder gar seine Erhöhung gefordert, und der für mich gleichzeitig eine Erneuerung der deutschen Unterwerfung unter die Abrüstungsbestimmungen des Versailles-Vertrages bedeuten würden. Ich muß Sie bitten, einen solchen Mission unbedingt zu entlassen.

Was den Zusatzantrag betrifft, den die französische Abordnung vorgelegt hat, möchte ich erklären, daß die Voraussetzungen, unter denen die deutsche Regierung den allgemeinen Abrüstungsvertrag als einen vertragsmäßigen Gegenleistung anerkennen kann, allgemein bekannt sind. Unter dem Standpunkt ist, daß Deutschland einen ersten Abrüstungsvertrag nur dann als solchen anerkennen kann, wenn er eine gerechte, der Sicherheit aller Staaten Rechnung tragende Lösung bringt. Deutschland wird das Abrüstungsabkommen danach beurteilen, ob es als Gegenleistung für die deutsche Abrüstung endlich den Grundbesitz paritätischer Sicherheit vertritt.

Genf-England protestierte scharf gegen die Ausführungen Bernstorffs, nach denen eine Herabsetzung der Rüstungen im Abkommen nicht vorgesehen sei. Es sei ihm unverständlich, wie Bernstorff habe derartige erklären können. Der Artikel beziehe sich gleichfalls auf das Londoner und Washingtoner Abkommen. Es müßte zu seinem größten Bedauern feststellen, daß die deutsche Abordnung im Gegensatz zu seinen Hoffnungen an den Arbeiten des Ausschusses nicht mitgewirkt habe.

Der italienische Vertreter, General Marinis, erklärte, die vorliegenden Abkommen seien unklar, da die Hauptfrage der Herabsetzung der Rüstungen nicht gelöst sei. Er beantragte die Überweisung des Artikels an die Konferenz. Der Vertreter der polnischen Regierung verlangte, daß die Aufrechterhaltung und strenge Einhaltung der den vier Ländern auferlegten Entwaffnungsverpflichtungen in den Friedensverträgen die entscheidende Voraussetzung für das Inkrafttreten und die Einhaltung des Abrüstungsabkommens bilden. Die Vertreter Rumaniens und Bulgariens schlossen sich dieser Erklärung an.

Graf Bernstorff erwiderte Cord Robert Cecil, mit der Frage, ob er der Meinung sei, daß das Abrüstungsabkommen eine Herabsetzung der ausgebildeten Reserven, des gesamten Kriegsmaterials und eine Einschränkung der Herabsetzung umfasse? Er wolle feststellen, daß die Herabsetzung der Landkräfte der Abrüstung zur See gespart werden sei. Deutschland müsse nach wie vor Sicherheit im Sinne der Gleichstellung sämtlicher Mächte und Sicherheit für alle fordern.

Der Antrag der italienischen, türkischen und bulgarischen Regierungen, den Artikel EA zu streichen, und zur Entscheidung an die Konferenz zu verweisen, wurde vom Ausschuss mit zwölf gegen die Stimmen von Deutschland, Italien, Rußland, der Türkei und Bulgarien abgelehnt.

Die Hinterlist.

An der vorangegangenen Sitzung des Ausschusses war die vorgeschlagene Bestimmung über die Einziehung einer Kontrollkommission angenommen worden. Diese Kommission soll die Aufgabe erhalten, über die Durchführung der Abrüstungskonvention zu wachen.

Ferner hat der Ausschuss einigen Vorbehalten zugestimmt, von denen der wichtigste ist, daß jeder Staat das Recht erhalte, die Bestimmungen über die Abrüstungs-

konvention für sich außer Kraft zu setzen, wenn „durch eine Veränderung der Umstände eine Bedrohung seiner nationalen Sicherheit“ eintritt.

Rußland wird weiterrüsten.

Der russische Kriegsminister Woroschilow erklärte in einer Rede vor der Reichstagsversammlung, die Verhandlungen in Genf hätten bewiesen, daß ein Abrüstung nicht zu denken sei. Die Sowjetunion müsse vor der Aufgabe, die Rolle Armeen weiter zu verkleinern und sie lediglich so auszurüsten, daß sie in der Lage sei, sich gegen jeden Angriff zu verteidigen. Der Reichstagsvorsitzende habe bewiesen, daß Rußland keine Freunde in Europa habe. Es müsse immer auf der Hut sein, um sich vor einem militärischen Angriff zu schützen.

Die deutsche Note abgegangen.

Keine außerordentliche Ratstagung. — Beratung im Januar.

Berlin, 28. November.

Das Reichskabinett hat in einer Nachsitzung sich abgeklärt mit dem Vorschub wegen der Zerwürfnisse in Oberösterreich zu unternehmenden Schritte beschließt. Vor allem wurde beraten, ob eine außerordentliche Tagung des Völkervertrages verlangt werden soll.

Nach eingehender Prüfung der Reichsliste und der Zweimöglichkeit wurde das Reichskabinett in vorgezogenen Nachsitzungen beschlossen, auf die Einberufung einer außerordentlichen Tagung des Völkervertrages zu verzichten und dafür die Behandlung der politischen Zerwürfnisse gegen die deutsche Minderheit in Oberösterreich auf der nächsten ordnungsmäßigen Ratstagung zu verlangen, die am 15. Januar beginnt.

Dieser Entschluß hat seinen Grund darin, daß die außerordentliche Tagung infolge des schwerfälligen Verfahrens des Völkervertrages, vorzuziehen, ungeachtet der in der Verhandlung fallenden Punkte hätte ein Verzicht auf Einberufung einer außerordentlichen Tagung die Vorverlegung der Januartagung bedeutet. Das Reichskabinett wollte vermeiden, sich einer Ablehnung auszuweichen, die der Verfall der deutschen Beschlüsse nur abträglich wäre. Der Generalsekretär müßte nämlich erst das Einverständnis der Hauptnationen einholen. Unter diesen Umständen hat die Reichsregierung es für richtiger gehalten, den Weg der ordentlichen Tagung zu gehen.

Die deutsche Note ist im Laufe des Donnerstags abgegangen, wird also voraussichtlich am heutigen Freitag nach ihren Inhalten in Berlin veröffentlicht werden. Sie wird sich damit der deutsche Schritt seine Bewegung erheben, vorbehaltlich, die Einzelheiten der Vorgänge noch nachzutragen. Es ist anzunehmen, daß gleichzeitig auch noch diplomatische Schritte eingeleitet werden, um der Beschlüsse den nötigen Nachdruck zu verleihen. Außerdem werden die Gerichte in der Sache zu entscheiden. Der Umstand einer besonders Beschlüsse der deutschen Minderheit sein, der sich die Reichsregierung gewissermaßen als Nebenakt anschließt. Beide Beschlüsse werden im Januar gemeinsam vor den Rat kommen.

Polen bedauert sich.

Wie der „Kraauer Kurier“ meldet, ist der polnische Staatsvertreter bei der Genemissionskommission, Senchowski, beunruhigt worden, beim Präsidenten Calonder vorstellig zu werden, da der Stellvertreter des deutschen Staatsvertreters, Rosenthal, die Prüfung der habsburgischen Vorläufe durchgeführt habe ohne Rücksicht darauf, daß die Angelegenheit noch schwebt. Das steht im Widerspruch zu Artikel 601 der Genfer Konvention.

Erregung in Oberösterreich.

Angefaßt der Empörung der Bevölkerung über die politischen Ausschreitungen in Oberösterreich hat der Reichspräsident in Gleichzeit einen Aufruf an die Bevölkerung des oberösterreichischen Industriegebietes erlassen, in dem er dringend bittet, sich auf keinen Fall zu irgendwelchen Gewalttätigkeiten gegen die polnisch gelinnte Bevölkerung oder gegen polnische Staatsangehörige hinsetzen zu lassen. Da jede derartige Handlung der Erfolg der von der Regierung zu unternehmenden Schritte auf das schwerste gefährde und vor allem unsere Volksgenossen jenseits der Grenze immer wieder auf das schwerste in Gefahr bringe.

Dr. Wirth nach Oberösterreich abgereist.

Reichsminister Wirth hat sich in Begleitung des preussischen Staatsfreiherrn Lehmann nach Oberösterreich begeben, um die Bevölkerungstreu über die beschleunigten Maßnahmen der Reichsregierung aufzuklären, und zur Beruhigung der erregten Gemüter beizutragen.

Neue Leberfälle.

Eine Anzahl von Polen überfiel das deutsche Heim in Thron. Bereits vor acht Tagen waren einmal polnische Banditen im deutschen Klublokal erschienen und hatten eine Lampe zertrümmert. Sie hatten aber damals von weiteren Ausschreitungen abgesehen, da nur ein Deutscher anwesend war. Sie hatten geurteilt: „Es lohnt uns nicht, wir kommen wieder, wenn mehr Deutsche hier sind.“ Am Mittwoch, den Abend, drangen zunächst drei Polen in das deutsche Heim ein. Sie überfielen die darin befindlichen drei Deutschen mit Stöcken und Sägen. Fünf noch hinzukommende Polen warfen dann auf die Deutschen mit Bierflaschen und demonstrieren die gesamte Einrichtung des Lokals. Ein älterer deut-

licher Herr wurde schwer verletzt, zwei weitere Deutsche leicht. Das Lokal wurde vollkommen zerstört. Die herbeigerufenen Polizei erließen erst nach längerer Zeit und nach schließlich eine Verhaftung vor. Von dem Vorfall wurde dem deutschen Konsul in Thron sofort Mitteilung gemacht, der auch am Tatort erschien und Ermittlungen anstellte.

Hafbefehl gegen Daxler Hartinger?

Nach weiteren Meldungen hat sich der von den Polen als militärisch für die Dolmetscher Vorgänge verdächtige Daxler Hartinger den Sicherheitsbehörden telefonisch zur Verfügung gestellt. Da er sich jedoch auf evangelischem Kirchengebiet aufhält, können die Sicherheitsbehörden seine Vernehmung nur auf besondere Anordnung durchführen. Die Sicherheitsbehörden erwarten jedoch, daß der Untersuchungsrichter schon in nächster Zeit einen Haftbefehl gegen den Geistlichen erlassen werde.

Hindenburg und Stahlhelm.

Der Reichspräsident spricht sein Mißfallen aus.

Berlin, 27. November.

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Reichspräsident von Hindenburg in seiner Eigenschaft als Ehrenmitglied des Stahlhelms wieder wegen der „politischen Demonstrationen“ bei der Demonstration von Stahlhelmsmitgliedern sein Mißfallen ausgesprochen habe.

Welche Demonstrationen gemeint sind, wird nicht ausdrücklich gesagt. Während einerseits mitgeteilt wird, daß es sich um den Besuch in Uniform bei Mussolini — Deutschlands Gegner im Weltkrieg — handelt, der Hindenburg mißfallen habe, verläutet auf der anderen Seite, daß ein offizieller Besuch bei der Zeitung „Popolo d'Italia“ Anlaß zu dem Schritt des Reichspräsidenten gegeben habe.

Die Pressestelle des Reichspräsidenten teilt mit, daß Büro des Reichspräsidenten sei nach über die tatsächlichen Zusammenhänge und den durchaus inoffiziellen, politischen Zweckbedeutung entbehrender Charakter vor Studienfahrt unterrichtet worden. Es bestrebe also zwischen dem Ehrenmitglied und der Bundesführung des Stahlhelms über den Vorgang keine Verbindlichkeit in der Zukunft.

Bredt bleibt als Sachminister?

Das Rüstungsgesetz vorläufig zurückgestellt.

Berlin, 27. November.

Wie amtlich mitgeteilt wird, ist nach einer fernmündlichen Vereinbarung zwischen Reichsminister Dr. Brüning und Reichsminister Dr. Bredt die Erledigung seines Rüstungsgesetzes bis nach der Rückkehr des noch erkrankten Ministers nach Berlin, die Anfang nächster Woche zu erwarten ist, zunächst noch zurückgestellt.

In parlamentarischen Kreisen hält man es nicht für ausgeschlossen, daß Dr. Bredt sich zum Verbleiben in seinem Amt bestimmen läßt, und daß er dann als Sachminister dem Kabinett angehören würde, ohne dadurch seine Partei irgendwie zu verpflichten.

Es ist auch möglich, daß der Kanzler dem Reichspräsidenten vorschlagen wird, den Staatssekretär Joël mit der Rüstungsgesetz als wie im Rüstungsgesetz.

Handlungen der einer Beilegung Collofer und Leib Mitglied der

Wächst!

27. November.

Das regelmäßig um die der Reichsminister in dem der Hauptunternehmung ist um den gleich 124 000 betrug, unterliegen ist ein damit haben diese an eine Befragung et, ist die Leberfälle Male etwas 1 000 000 ge-

enden bei den Ar-

0 Arbeitslose ge-

Neuer russischer Sabotage-Prozess.

Verhandlung gegen die „Industrie-Partei“.

Moskau, 27. November.

Vor dem Obersten Gerichtshof begann die Verhandlung gegen die sogenannte „Industrie-Partei“. Angeklagt sind Professor Kamlin und sieben weitere Professoren und Ingenieure wegen Organisation von Sabotageaktionen und Vorbereitung einer Intervention der Auslandsstaaten.

